

Strukturwandel der Demokratie

Politische Bildung in der globalisierten Mediengesellschaft

Edgar Grande

Zusammenfassung

In diesem Beitrag wird argumentiert, dass sich die inneren Funktionsbedingungen der Demokratie in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend geändert haben – und unter den Bedingungen der Globalisierung und Medialisierung der Politik noch weiter ändern werden. Aus diesem Grund unterscheidet sich die politische Praxis in modernen Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts grundlegend von den Modellen, die die normative Demokratietheorie zur Verfügung stellt. Die Herausbildung globalisierter Mediengesellschaften führt nicht nur dazu, dass sich der Stellenwert der politischen Bildung ändert, gleichzeitig ändert sich auch ihr Aufgabenfeld. Die neuen Aufgaben der politischen Bildung reichen weit über die Vermittlung von „Kompetenzen“ zur besseren Nutzung politischer Beteiligungsmöglichkeiten hinaus.

I. Demokratie und politische Bildung

Die Entwicklung der politischen Bildung in Deutschland ist von Beginn an durch Kontroversen über ihre normative Orientierung und einen ständigen Wechsel ihrer Leitkonzepte und Schlüsselthemen gekennzeichnet (Gagel 1993). Um so bemerkenswerter ist es, dass „der Bezug zur Demokratie als unhintergehbare normative Grundlage“ gilt – und dies „unabhängig von (partei-)politischen oder theoretischen Standpunkten“ (Zeuner 2010, S. 2).

Gerade im Zusammenhang mit aktuellen Zukunftsfragen wie dem Klimawandel und dem Umgang mit Risikotechnologien (Kernenergie, Gentechnik, Nanotechnologie etc.) rücken Demokratietheorieprobleme in den Mittelpunkt der Debatte. Bei den Kontroversen um „Stuttgart 21“, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, geht es längst nicht mehr nur um die effizienteste, umweltverträglichste und kostengünstigste Verkehrsanbindung der Stadt, sondern um grundlegende Fragen der Demokratie, insbesondere um die Grenzen der repräsentiv-parlamentarischen Demokratie und um weitergehende Möglichkeiten der Einbeziehung der Bürger in politische Entscheidungspro-

zesse. Das Beispiel zeigt jedoch auch: Die Frage „was unter Politik und Demokratie verstanden wird, kann ... sehr unterschiedlich beantwortet werden“ (Lösch 2010, S. 115).

Die Vielfalt der Antworten, die in der politischen Bildung auf diese Frage in der Vergangenheit gegeben wurden, lässt sich im Kern auf zwei Alternativen reduzieren, die Gegenüberstellung einer „schwachen“, repräsentativ-parlamentarischen und einer „starken“, partizipativ-emanzipatorische Demokratie (vgl. Barber 1994). Alle wesentlichen Kontroversen, die die politische Bildung in Deutschland seit den 1950er Jahren prägten, können mehr oder weniger unmittelbar diesen beiden Alternativen zugeordnet werden. In allen diesen Fällen ging es um die Frage, ob sich die politische Bildung an einem engen oder einem weiten Politik- bzw. Demokratieverständnis orientieren soll, ob sie die staatliche Institutionenordnung bzw. das politische „System“ oder die „Lebenswelt“ der Bürger in den Mittelpunkt stellen soll, ob sie abstraktes „Politik-Lernen“ vermitteln will oder konkret erfahrbares „Demokratie-Lernen“ (Juchler 2005). Hierbei fällt jedoch auf, dass sich die aktuellen Konzeptionen der politischen Bildung „kaum zum gegenwärtigen Zustand der demokratisch verfassten Gesellschaft äußern. Es fehlt an Analysen, wie es derzeit um die Demokratie bestellt ist, welche Strukturen und Kräfte Demokratisierung befördern oder dieser entgegenwirken“ (Lösch 2010, S. 118).

In dieser Problemdiagnose kommt noch eine andere Problematik zum Ausdruck, nämlich die „Eigendynamik“ der politischen Bildung und ihr „eigentümliches Spannungsverhältnis“ zur Politikwissenschaft (Lauth/Mols/Wagner 2001, S. 373). Denn der Blick in die politikwissenschaftliche Forschungsliteratur zeigt, dass gerade die Entwicklung der Demokratie in modernen Gegenwartsgesellschaften in den vergangenen zwanzig Jahren zu den wichtigsten Forschungsgebieten des Faches zählte. Die „dritte Welle der Demokratisierung“ (Huntington 1991), die mit dem Zerfall der totalitären Systeme in Osteuropa einsetzte, die Europäisierung und Globalisierung des Regierens „jenseits des Nationalstaats“ (Zürn 1998), aber auch Wandlungsprozesse innerhalb der „westlichen“ Demokratien haben der politikwissenschaftlichen Demokratieforschung wichtige neue Impulse gegeben (vgl. als Überblick Schmidt 2010), die in der politischen Bildung bislang offensichtlich zu wenig Beachtung gefunden haben (vgl. zuletzt Lange/Himmelmann 2010). Dies hat zur Folge, dass sich die aktuellen Kontroversen innerhalb der politischen Bildung an einem Demokratieverständnis orientieren, dem zunehmend die Entsprechung in der politischen Realität moderner Gegenwartsgesellschaften fehlt.

Ich möchte im Folgenden argumentieren, dass sich die *inneren* Funktionsbedingungen der Demokratie in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend geändert haben – und unter den Bedingungen der Globalisierung und Medialisierung der Politik noch weiter ändern werden. Für die politische Bildung heißt dies, dass „Politikdidaktik und Demokratie-Pädagogik“ zunehmend Gefahr laufen, ihre gemeinsame „Grundlage und Zielsetzung“ zu verlieren, die „liberale, repräsentativ-parlamentarische Demokratie“ (Lösch 2010, S. 118). An deren Stelle sind bislang aber nicht Formen der partizipativ-emanzipatorischen Demokratie getreten, in denen die Rolle des Bürgers in der Politik gestärkt wird, wie dies in den Modellen der „starken Demokratie“ propagiert

wird, sondern neue Spielarten der „Demokratie“, die den Bürger noch weiter zu marginalisieren drohen.

II. Transformationen der Demokratie: „Parteiendemokratie“, „Verhandlungsdemokratie“ und „Mediendemokratie“

In der politikwissenschaftlichen Forschung der vergangenen zwanzig Jahre finden wir mehrere Forschungsstränge, die sich empirisch mit den Wandlungen der Demokratie beschäftigen. Dabei zeigt sich unter anderem, dass Parlamente als die (in den meisten westlichen Demokratien) normativ wichtigsten Instanzen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung in zunehmendem Maße ergänzt, mitunter gar ersetzt werden durch andere Formen und Foren der politischen Diskussion und Entscheidungsfindung. Aus der Perspektive der politischen Bildung sind in diesem Zusammenhang zwei Diskussionsschwerpunkte der empirischen Demokratieforschung besonders interessant und relevant.

Der erste Diskussionsschwerpunkt thematisiert die zunehmende Bedeutung der Medien in der Politik. Dabei geht es weniger um neue Formen der Internetkommunikation, wenngleich diesen zweifellos eine immer größere Bedeutung für die politische Kommunikation und Mobilisierung zukommt. Wichtiger noch sind aber zumindest derzeit noch die elektronischen Massenmedien, vor allem das Fernsehen. Nach der in der Kommunikations- und Politikwissenschaft zunehmend vertretenen „Medialisierungsthese“ hat sich die Politik inzwischen nicht nur in ihren Erscheinungsformen, sondern auch in ihrer Funktionsweise den Anforderungen der Mediengesellschaft unterworfen. Es wird behauptet, die Politik werde „demontiert“ (Kepplinger 1998), gerate zum „medialen Wanderzirkus“ (Falter 2002), zum „legitimen Theater“ (Sarcinelli 2002). Am Ende, so die pessimistische Prognose, drohe die „Kolonialisierung des politischen Systems durch das Mediensystem“ (Meyer 2001) – die „Mediokratie“.

Einen zweiten Diskussionsschwerpunkt der vergleichenden Demokratieforschung bildet der Wandel von der „Mehrheits“- bzw. „Wettbewerbsdemokratie“ zur „Konsensus“- bzw. „Verhandlungsdemokratie“. In diesem Zusammenhang wird behauptet, dass die (parlamentarische) Mehrheits- und Wettbewerbsdemokratie in den westlichen Industrieländern an Bedeutung verliert und diese zu „Konsensusdemokratien“ (Lijphart 1999) oder „Verhandlungsdemokratien“ (Lehbruch 2003) mutieren (vgl. auch Czada/Schmidt 1993; Holtmann/Voelzkow 2000).

Diese Diskussionsschwerpunkte zeigen, dass die parlamentarisch-repräsentative Demokratie in den post-industriellen Gesellschaften einen Strukturwandel durchläuft, der gerade in der jüngsten Vergangenheit erheblich an Geschwindigkeit zugenommen hat. Hierbei müssen drei Transformationsprozesse unterschieden werden. Die *erste Transformation* der Demokratie resultiert aus der zunehmenden Bedeutung politischer Parteien, genauer: eines neuen Typus von „professionalisierten Wählerparteien“ (von Beyme 2000). Die parlamentarische Demokratie mutierte dadurch zur „Parteiendemokratie“. Damit ist der hinlänglich bekannte Sachverhalt gemeint, dass die Funktionsstellen der parlamentarischen Demokratie nicht von individuellen Abge-

ordneten oder zwanglosen politischen Clubs eingenommen werden, sondern durch oligarchisch strukturierte Organisationen, die ihre Mitglieder marginalisiert und den Wettbewerb um öffentliche Ämter monopolisiert haben. Die Folge dieser Entwicklung ist, dass Regierung und Regierungsmehrheit eine faktische Handlungseinheit bilden und das Regierungshandeln unmittelbar den Zwängen des Parteienwettbewerbs unterworfen wird.

Parteiendemokratien sind einer typischen Gefahr ausgesetzt, der Gefahr, dass *alle* politischen Sachfragen nach dem Schema „Regierung“ und „Opposition“ bearbeitet werden, auch solche, bei denen dies nicht angemessen ist; und dass darüber hinaus die Bearbeitung politischer Sachfragen dem kurzfristigen Kalkül politischer Wahl- bzw. Wiederwahlchancen unterworfen wird. In der „Parteiendemokratie“ läuft die Politik Gefahr, zum „Dauerwahlkampf“ auszuufeln.

Die *zweite Transformation* der Demokratie betrifft die bereits erwähnte Entwicklung zur „Verhandlungsdemokratie“. Mit dem Begriff der „Verhandlungsdemokratie“ werden alle institutionellen Arrangements bezeichnet, in denen politische Sachfragen auf dem Wege des gütlichen Einvernehmens aller Beteiligten entschieden werden. Dabei müssen zumindest drei unterschiedliche Varianten von Verhandlungssystemen unterschieden werden (vgl. Czada 2000):

- *erstens* institutionell erzwungene Formen der *Kooperation zwischen Regierungen*, also der Politikverflechtung, wie wir sie im deutschen Föderalismus und in den Entscheidungsprozessen der EU haben (vgl. Scharpf 1985), und wie sie für internationale Organisationen und transnationale Politikregime typisch sind;
- *zweitens* politisch gebotene Formen der *Kooperation zwischen Regierung und Opposition*, wie sie am Beispiel der niederländischen „Konkordanzdemokratie“ (Lijphart 1975) und der „Proporzdemokratie“ in Österreich und der Schweiz (Lehmbruch 1967) untersucht wurden;
- *drittens* schließlich politisch gebotene Formen der *Kooperation zwischen Regierung und gesellschaftlichen Interessengruppen*, wie sie in korporatistischen Systemen besonders ausgeprägt zu finden sind (vgl. Schmitter/Lehmbruch 1979; Lehmbruch/Schmitter 1982) und wie sie in Deutschland zuletzt im „Bündnis für Arbeit“ (ohne Erfolg) praktiziert wurden.

Die politischen Systeme westlicher Demokratien sind jedoch nicht nur „eingezwängt“ zwischen den beiden Formen der (parteiendominierten) Wettbewerbs- und der Verhandlungsdemokratie. In modernen Demokratien hat gleichzeitig eine *dritte Transformation* stattgefunden, in deren Folge sich eine eigenständige politische Handlungsebene herausgebildet hat, die man als „Mediendemokratie“ bezeichnen kann (vgl. Grande 2000). Mit dem Begriff der „Mediendemokratie“ wird nicht nur betont, dass „den Medien ein starker oder gar bestimmender Einfluss auf die Politik zugerechnet“ werden kann (so Sarcinelli 1997: 36); mit diesem Begriff wird das Phänomen bezeichnet, dass sich die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in modernen Demokratien vorwiegend an den Erfolgsbedingungen einer *medialen* Öffentlichkeit orientieren. Das Referenzschema für Politik sind in diesem Fall nicht ideologische Prinzipien oder (wie auch immer definierte) Kriterien der sachlichen

Richtigkeit, es ist die *mediale Vermittelbarkeit*, die gemessen wird an medialer Präsenz, an Popularitätswerten, an Umfragedaten, oder an Einschaltquoten. Dies gilt für die Auswahl politischer Themen, die Diskussion politischer Alternativen und nicht zuletzt für die Inhalte politischer Entscheidungen. In der Mediendemokratie wird die Politik zur Inszenierung, zur „Darstellungspolitik“ (Korte/Hirscher 2000).

Auch die Mediendemokratie hat ihre typischen Probleme. Das gravierendste dürfte die „*Erwartungsfälle*“ sein: Die Mechanismen der medialen Aufmerksamkeitsproduktion erzwingen von den Politikern Versprechungen, die in keinem Verhältnis zu ihren tatsächlichen Handlungskompetenzen und Handlungsressourcen stehen. Der „publizistische Wahlbetrug“ (Schelsky 1983: 338), wie Schelsky dies nannte, gehört längst zum Alltag moderner Demokratien. Eine andere, damit zusammenhängende Gefahr, die in der Mediendemokratie droht, ist die „*Simplifizierung*“, also die unangemessene Vereinfachung politischer Probleme und Sachverhalte. Und eine weitere Gefahr ist schließlich das Problem der *Emotionalisierung*, also die Neigung, politische Probleme nicht als Sachalternativen zu präsentieren, sondern zu emotionalisieren und politische Entscheidungen nicht auf der Grundlage rationaler Kalküle und Diskurse zu treffen, sondern unter dem Einfluss emotionaler Stimmungen.

In welchem Verhältnis stehen diese neuen Formen der Demokratie zur repräsentativ-parlamentarischen Demokratie? In der Literatur findet sich vielfach die naheliegende These, dass die repräsentativ-parlamentarische Demokratie durch neue Formen politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung einfach ersetzt wird, sei es durch die Hinterzimmer der „Verhandlungsdemokratie“, sei es durch die telegenen Bühnen der „Mediendemokratie“. Exemplarisch hierfür ist Manins Theorie der „Zuschauerdemokratie“, in der die „Parteiendemokratie“ durch die „Mediendemokratie“ verdrängt wird (Manin 1995). Dies ist jedoch eine höchst problematische Vereinfachung. Insbesondere Lehbruch (2000) hat darauf hingewiesen, dass das Ergebnis des hier skizzierten Wandlungsprozesses kein völliger Bedeutungsverlust der Parlamente und kein gänzlicher Verzicht auf Parteienwettbewerb und Mehrheitsentscheide ist, sondern die Koexistenz und Kombination unterschiedlicher politischer Arenen und Modi der politischen Konfliktlösung (vgl. Lehbruch 2000). Die Entwicklung der Demokratie in den modernen Gegenwartsgesellschaften ist demnach durch die Herausbildung komplexer Mischformen des Regierens gekennzeichnet, in denen institutionelle Arrangements und Entscheidungsregeln auf sehr unterschiedliche Weise kombiniert werden. Diese neuen Formen „komplexer Demokratie“ werden durch die gebräuchlichen Typen der vergleichenden Demokratieforschung und die normativen Konzepte der politischen Theorie nur höchst unzulänglich erfasst.

III. Politische Bildung in der globalisierten Mediengesellschaft

Was folgt daraus für die politische Bildung? Wenn die politische Bildung tatsächlich den „gegenwärtigen Zustand der demokratisch verfassten Gesellschaft“ (Lösch 2010, S. 118) in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen will, und dies dürfte zweifellos sinnvoll sein, dann sollte sie von zwei Annahmen ausgehen. Erstens spricht vieles dafür, dass es sich bei den hier skizzierten Transformationen der Demokratie um einen

irreversibeln Trend handelt, der Teil eines umfassenderen gesellschaftlichen Strukturwandels ist. Die politische Bildung sollte also nicht damit rechnen, dass politische Parteien, Verhandlungssysteme und elektronische Massenmedien in absehbarer Zeit an Bedeutung verlieren werden. Im Fall von Parteien hat sich längst gezeigt, dass der gesellschaftliche Werte- und Strukturwandel eher zu einem Formwandel von Parteien (Katz/Mair 1995; von Beyme 2000) und einer Fragmentierung von Parteiensystemen führt als zu deren Ersetzung durch andere Formen politischer Artikulation und Partizipation. Mit der zunehmenden Europäisierung und Globalisierung der Politik ist eher zu erwarten, dass dieser Trend *noch verstärkt* wird. Hierfür spricht zum einen, dass gerade das globale Regieren überwiegend in konsensgestützten Verhandlungssystemen stattfindet – und aufgrund des Fehlens einer übergeordneten Sanktionsmacht auch stattfinden muss; und dafür spricht zum anderen, dass zur gesellschaftlichen Kommunikation globaler Probleme elektronische Massenmedien unverzichtbar ist.

Zweitens ist davon auszugehen, dass der Auftrag der politischen Bildung, die Kritik-, Urteils- und Partizipationsfähigkeit der Bürger in einer demokratischen Gesellschaft zu fördern, durch diese Entwicklungen nicht obsolet geworden ist, sondern an gesellschaftspolitischer Bedeutung erheblich *gewonnen* hat – und weiter gewinnen wird. Für diese Annahme spricht zunächst, dass sich aufgrund der zunehmenden Bedeutung von Verhandlungssystemen innerhalb und jenseits der Nationalstaaten die Intransparenz und Komplexität von Politik beträchtlich vergrößert. Funktionierende Verhandlungssysteme basiert gerade auf dem Ausschluss der Öffentlichkeit, der Intimität und Informalität von Gesprächen und dem Verwischen von eindeutigen Verantwortlichkeiten. Der Bürger wird in diesem Kontext nicht nur marginalisiert, es fehlen ihm auch die Voraussetzungen dafür, politische Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen und beurteilen zu können.

Dem scheint auf den ersten Blick die Herausbildung moderner „Mediengesellschaften“ (Pfetsch 2008) mit ihren umfassenden und zielgruppenspezifischen Informations- und Unterhaltungsangeboten zu widersprechen. Die elektronischen Medien bieten inzwischen in der Tat einzigartige Möglichkeiten, sich zeitnah über aktuelle politische Entwicklungen zu informieren und mit einer großen Zahl von Bürgern zu kommunizieren. In der „Mediengesellschaft“ scheint das Problem nicht mehr darin zu bestehen, dass die Politiker den Bürgern entrückt sind; das Problem besteht umgekehrt darin, dass es kaum mehr eine Möglichkeit gibt, ihrer medialen Dauerpräsenz zu entfliehen. Die Frage ist nur, „ob das, was es dabei zu besichtigen gibt, noch Informationen über Politik, einen Einblick in ihr tatsächliches Geschehen ermöglicht und auf diesem Wege mündige Entscheidungen über sie möglich macht“ (Meyer 2003, S. 114). Eher ist zu befürchten, dass die mediale Dauerpräsenz der Politiker „Verstehensfiktionen“ bei den Bürgern erzeugt, dass sie den falschen Eindruck bekommen, über Politik „Bescheid zu wissen“, weil sie damit ständig konfrontiert werden. Dem stehen jedoch die bekannten problematische Nebeneffekte des Mediensystems entgegen: Zum einen das Problem der Informationsüberflutung, d. h. die Überforderung der Bürger mit der Vielzahl und Vielfalt verfügbarer Informationen; zum

anderen das Problem der „theatralischen Inszenierung“ (Meyer 2003, S. 115), d. h. die Präsentation von Politik nach der spezifischen Logik des Mediensystems.

Aus all dem sollte deutlich geworden sein, dass es in der Tat nicht nur ratsam, sondern unverzichtbar ist, dass die politische Bildung sich stärker als bisher mit der Realität der Demokratie in modernen Gegenwartsgesellschaften, mit ihren „Realverfassungen“, beschäftigt. Die Demokratie durchläuft gegenwärtig einen Strukturwandel, der auch für die politische Bildung weitreichende Folgen haben dürfte. Die Herausbildung globalisierter Mediengesellschaften führt nicht nur dazu, dass sich der Stellenwert der politischen Bildung ändert, gleichzeitig ändert sich auch ihr Aufgabenfeld. Die neuen Aufgaben der politischen Bildung reichen weit über die Vermittlung von „Kompetenzen“ (welcher Art auch immer) zur besseren Nutzung politischer Beteiligungsmöglichkeiten hinaus. Die politische Bildung muss vor allem die immer wieder konstatierte Kluft zwischen den politischen Partizipationsmöglichkeiten im sozialen „Nahraum“ und der Wahrnehmung „systemischer“ Politik (vgl. Reinhardt 2010) in das Zentrum ihrer Bemühungen stellen. Wie meine Analyse gezeigt hat, handelt es sich bei dieser Kluft jedoch um kein Maßstabsproblem, dem durch die Ausdifferenzierung unterschiedlicher „Räume“ („Nahraum“, „Zwischenraum“, „Fernraum“), „Ebenen“ (Mikro, Meso, Makro) oder Handlungsbereichen („privaten“ und „öffentlichen“) beizukommen wäre. Die Schwierigkeiten, politische Erfahrungen aus der lokalen Lebenswelt der Bürger in eine positive Beziehung zur Funktionsweise moderner Demokratien zu bringen, dürfte ganz wesentlich der Inkongruenz der jeweiligen Politik- und Demokratiemodelle geschuldet sein. Politische Bildung kommt in der globalisierten Mediengesellschaft also insbesondere eine „Brückenfunktion“ zu. Wenn sie diese Brückenfunktion effektiv wahrnehmen will, dann muss sie wohl auch ihre normativen Prämissen überdenken. Wenn sie sich auf die realen Bedingungen der Demokratie in der globalisierten Mediengesellschaft einlassen will, dann kann sie weder das Modell der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie noch „starke“ Formen der partizipativen Demokratie unhinterfragt zum normativen Ausgangspunkt ihrer Bemühungen machen. Dies müsste dazu führen, dass die Ergebnisse des derzeitigen Strukturwandels moderner Demokratien zwangsläufig als „zweitbeste Lösungen“ oder gar als „postdemokratische“ Degenerationen interpretiert werden.

Literatur

- Barber, Benjamin, 2000: Starke Demokratie. Über Teilhabe am Politischen. Berlin: Rotbuch
- Beyme, Klaus von, 2000: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Czada, Roland, 2000: Konkordanz, Korporatismus und Politikverflechtung: Dimensionen der Verhandlungsdemokratie, in: Everhard Holtmann/Helmut Voelzkow (Hrsg.), Zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie. Analysen zum Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 23-49
- Falter, Jürgen, 2002: Politik im medialen Wandersirkus. In: Vorgänge 41 (2), 5-9
- Gagel, Walter, 1994: Geschichte der politischen Bildung in der alten Bundesrepublik bis 1989. In: Adolf A. Noll/Lutz R. Reuter (Hrsg.), Politische Bildung im vereinten Deutschland, Opladen, 13-35

- Grande, Edgar, 2000: Charisma und Komplexität. Verhandlungsdemokratie, Mediendemokratie und der Funktionswandel politischer Eliten. In: *Leviathan* 28 (1), 122-141
- Holtmann, Everhard/Helmut Voelzkow (Hrsg.), 2000: Zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie. Analysen zum Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Huntington, Samuel P., 1991: *The Third Wave. Democratization in the late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press
- Juchler, Ingo, 2005: Worauf soll die politische Bildung zielen: Demokratie-Lernen oder Politik-Lernen? In: *Politische Bildung* 38(1), 100-109
- Katz, Richard S./Peter Mair 1995: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party. In: *Party Politics* 1 (1), 5-28
- Kepplinger, Hans Mathias, 1998: *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*. Freiburg i.B.: Alber
- Korte, Karl-Rudolf/Gerhard Hirscher (Hrsg.), 2000: *Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien*. München: Hanns-Seidel-Stiftung
- Lauth, Hans-Joachim/Manfred Mols/Christian Wagner, 2001: *Politische Bildung und Politikwissenschaft*. In: dies. (Hrsg.), *Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 373-394
- Lange, Dirk/Gerhard Himmelmann (Hrsg.), 2010: *Demokratiedidaktik. Impulse für die politische Bildung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lehmbruch, Gerhard, 1967: *Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*. Tübingen: J. C. B. Mohr
- Lehmbruch, Gerhard, 2000: *Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland*, 3. erw. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Lehmbruch, Gerhard, 2003: *Verhandlungsdemokratie. Beiträge zur vergleichenden Regierungslehre*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Lehmbruch, Gerhard/Philippe C. Schmitter (Hrsg.), 1982: *Patterns of corporatist policy-making*. London: Sage
- Lijphart, Arend, 1975: *The politics of accomodation: pluralism and democracy in the Netherlands*, 2nd edition. Berkeley: University of California Press
- Lijphart, Arend, 1999: *Patterns of Democracies: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven: Yale University Press
- Lösch, Bettina, 2010: Ein kritisches Demokratieverständnis für die politische Bildung. In: Bettina Lösch/Andreas Thimmel (Hrsg.), *Kritische politische Bildung*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 115-127
- Manin, Bernard, 1995: *Principles du gouvernement représentatif*. Paris: Flammarion
- Meyer, Thomas, 2001: *Mediokratie. Die Kolonialisierung des politischen Systems durch das Mediensystem*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Müller, Albrecht, 1999: *Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie*. Opladen: Leske + Budrich
- Reinhardt, Sibylle, 2010: Was leistet Demokratie-Lernen für die politische Bildung? Gibt es empirische Indizien zum Transfer von Partizipation im Nahraum auf Demokratie-Kompetenz im Staat? Ende einer Illusion und neue Fragen. In: Dirk Lange/Gerhard Himmelmann (Hrsg.), *Demokratiedidaktik*. Wiesbaden: VS Verlag, 125-141
- Sarcinelli, Ulrich, 1997: Von der Parteien- zur Mediendemokratie? Das Beispiel Deutschland, in: Heribert Schatz/Otfried Jaren/Bettina Knaup (Hrsg.), *Machtkonzentration in der Multimediagesellschaft?* Opladen: Westdeutscher Verlag, 34-45
- Sarcinelli, Ulrich, 2002: Politik als „legitimes Theater“?. In: *Vorgänge* 41 (2), 10-22
- Schelsky, Helmut, 1983: Der „Begriff des Politischen“ und die politische Erfahrung der Gegenwart. Überlegungen zur Aktualität von Carl Schmitt. In: *Der Staat* 22, 321-345

- Schmidt, Manfred G., 1995: Demokratietheorien. Oladen: Leske + Budrich
- Schmitter, Philippe C./Gerhard Lehmbruch (Hrsg.), 1979: Trends towards corporatist inter-mediation. London: Sage
- Zeuner, Christine, 2010: Politische Erwachsenenbildung: Zielsetzungen, Aufgaben und Perspektiven, in: Hessische Blätter, 4/10, S. 305–314
- Zürn, Michael, 1998: Regieren jenseits des Nationalstaats. Frankfurt a.M.: Suhrkamp